

## Redaktioneller Teil

### Buchhändler-Verband „Kreis Norden“ e. V.

Die 51. ordentliche Hauptversammlung findet in Gladstadt am Sonntag, dem 3. September 1933, vormittags 10 Uhr in der »Hoffnung« statt.

Wir laden unsere Mitglieder hierzu freundlichst ein. Gäste aus dem Buchhandel sind uns willkommen.

Etwasige Anträge der Mitglieder sind spätestens bis zum 12. August beim unterzeichneten Vorstand einzureichen.

Die Tagesordnung und Festordnung wird den Mitgliedern mit dem Jahresbericht durch das Nachrichtenblatt des Buchhändler-Verbandes »Kreis Norden« bekanntgegeben werden.

Hamburg, den 31. Juli 1933.

**Der Vorstand**  
des Buchhändler-Verbandes »Kreis Norden« e. V.

Waldemar Heidt, 1. Vorsitzender.  
Kurt Saude, 1. Schriftführer.

### Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Weltwirtschaftskonferenz — Konjunktur und Kostensenkung —  
Konolidierung im Einzelhandel — Schulbüchergeschäft.]

Die Weltwirtschaftskonferenz, deren Zusammenbruch wir bereits vor vier Wochen hier festzustellen hatten, ist nunmehr auch amtlich als beendet bezeichnet worden. Was weiter werden wird, ist noch nicht klar zu übersehen. Zunächst einmal wird sich aber jeder unbedingt selbst zu helfen suchen müssen. Wie klar gerade das bei uns erkannt ist und wie tatkräftig an die Aufgaben herantreten wird, die sich als selbstverständliche Folgerungen aus der Lage ergeben, dafür sind die zahlreichen Wirtschaftsgesetze, die Mitte Juli bekanntgegeben worden sind, Belege genug. Zugleich ist aber zu unterstreichen, daß dabei in erster Linie auch das Bestreben bestimmend sichtbar geworden ist, der Wirtschaft die Ruhe und Sicherheit zu verschaffen, die sie braucht, um an die Wiederaufbauarbeit gehen zu können. Der Erfolg aller dieser Maßnahmen meldet sich auch bereits. Wir erinnern vor allem an die Abnahme der Arbeitslosigkeit. Wie sich die Lage gegenwärtig dem wirtschaftlich interessierten Beobachter im allgemeinen darstellt, geht aus den nachstehenden Darlegungen hervor, die den »Wirtschaftlichen Mitteilungen« der DD-Bank von Anfang Juli entnommen sind:

»Als eine günstige Vorbedingung für den Fortgang der mit der Arbeitsbeschaffung eingeleiteten Belebung ist es zu betrachten, daß der wirtschaftliche Ausleseprozeß, mit dem die Krise der letzten drei Jahre in Deutschland in größtem Ausmaß verbunden war, als mehr oder weniger abgeschlossen gelten kann. Die arbeitstägliche Zahl der eröffneten Konkurse betrug in der letzten Juniwoche 1933 nur noch 9 gegen 27 im Juni 1932 und 38 im Juni 1931; für die Vergleichsverfahren lauten die entsprechenden Ziffern auf 4 gegen 22 bzw. 26. Es ist also sozusagen ein bereinigter Boden vorhanden, nachdem die Krisenverluste ihre Regelung gefunden haben und die große Masse der schwachen Unternehmungen aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschieden ist.

Hinzu kommt, daß die übriggebliebenen Unternehmungen während der Krisenzeit Umstellungen und Einsparungen in ihren Betrieben vorgenommen haben, die ihnen einmal das Überdauern ermöglichten, die ihnen aber nunmehr schon bei einer geringen Hebung der Beschäftigung die Rentabilitätsrechnung sehr fühlbar verbessern.

Bekanntlich haben zahlreiche Unternehmungen erklärt, daß eine Mehrbeschäftigung, die durchaus nicht an die volle Ausnutzung der vorhandenen Leistungsfähigkeit heranzureichen braucht, ihnen bereits ein auskömmliches Arbeiten sichern würde. Es werden sich daher im Zuge der sichtbar in Gang gekommenen Produktionsvermehrung in vielen Fällen sehr bald erfreuliche finanzielle Erfolge einstellen. Sie sind nicht nur für das einzelne Unternehmen und die an ihm Beteiligten erwünscht, sondern auch für die Gesamtheit, denn in dem Maße, wie eine wachsende Zahl von Unternehmungen wieder ein sicheres finanzielles Gleichgewicht erreicht hat, überträgt sich die von ihnen wiedergewonnene Sicherheit der Betriebsführung auf die Gesamtwirtschaft und führt zu einer größeren Stetigkeit des gesamten Konjunkturverlaufs.

Eine durch Mehrbeschäftigung erzielte Kostensenkung ist auch deswegen so bedeutungsvoll, weil die Entwicklungstendenz der Weltmarkt-Rohstoffpreise anscheinend zu einer Verteuerung der inländischen Gesteinskosten führen wird, soweit diese durch den Preis der ausländischen Rohstoffe bestimmt werden. Die bislang noch stark spekulativen amerikanischen Preissteigerungen haben bereits dazu geführt, daß auch in Gold gerechnet eine leichte Verteuerung der von den Vereinigten Staaten exportierten Rohstoffe eingetreten ist. Auf Deutschland hat dies bisher erst sehr geringfügig zurückgewirkt, da die von den Vereinigten Staaten ausgehende Steigerungstendenz international durch die Preisentwicklung anderer Produktionsländer abgeschwächt wurde. Durch den Rückgang von Dollar und Pfund verbilligt sich die Einfuhr aus Amerika und aus den Ländern der Pfund-Währung, die wir mit Reichsmark unveränderter Goldparität bezahlen, für den deutschen Importeur entsprechend dem Goldbisagio dieser Währungen. Immerhin haben sich nach den Berechnungen des Konjunkturinstituts die Preise in Deutschland seit dem Tiefstand im Durchschnitt um ungefähr 3 Prozent gehoben, was zu zwei Dritteln auf Einflüsse des Weltmarktes zurückgeführt wird. Der Umfang der Steigerung ist zunächst weniger bedeutsam als die Veränderung der Marktverhältnisse, die in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß überhaupt nach so langanhaltendem ununterbrochenen Preisrückgang wieder höhere Preise gefordert und durchgesetzt werden. Absolut betrachtet, ist der Tiefstand der Preise noch ein außerordentlicher; der deutsche Großhandelsindex betrug Ende Juni 93,2 gegen 95,9 im Vorjahr.

Von maßgeblicher Stelle wurde vor einiger Zeit sehr zutreffend unterstrichen, daß es für die nächste Zeit für Deutschland nicht auf eine Preiskonjunktur, sondern nur auf eine Mengenkonzunktur ankommt. Die Stärkung der Unternehmungen und die Verbesserung der Relation Kosten—Erlöse muß ausschlaggebend in der Produktions- und Umsatzsteigerung gesucht werden, solange keine erhebliche Steigerung der Massenkaufkraft erreicht ist. Hierzu würde vor allem eine weitere Verminderung der noch nicht unter der Fünf-Millionen-Grenze liegenden Erwerbslosigkeit gehören. Es sollte zu denken geben, wenn aus den Vereinigten Staaten die Nachricht kommt, daß die dortige durch die Währungspolitik künstlich herbeigeführte Produktions- und Preissteigerung der allgemeinen Kaufkraft weit vorausgeeilt ist, und daß aus dem so entstandenen Mißverhältnis bereits neue Zusammenbrüche befürchtet werden.

Abgesehen von der reinen Binnenkonjunktur bleibt der Umfang der Ausfuhr für weite Teile unserer Industriewirtschaft und ihren Beschäftigungsgrad entscheidend. Die Bedeutung ausreichender Ausfuhrüberschüsse für die deutsche Devisenbilanz ist bekannt. Dagegen wird in der öffentlichen Diskussion meist die andere Seite des Problems wenig beachtet, nämlich die der Kapitalbilanz. Die Erzielung von Ausfuhrüberschüssen bedeutet von außen kommenden echten Kapitalzuwachs für die heimische Volkswirtschaft. Das Deutschland der Vorkriegszeit konnte bei reichlicher eigener Kapitalausstattung diese Überschüsse exportieren, also mit ihnen seine zinsbringenden ausländischen Kapitalanlagen vermehren. In der Gegenwart müssen wir sie umgekehrt zur Abtragung unserer Auslandsschulden verwenden, ein Kapitalzuwachs findet also nicht statt.